

## **Bundesregierung wird immer mehr zum Handlanger der Rüstungslobby NaturFreunde Deutschlands fordern Verbot von Rüstungsexporten im Grundgesetz**

**Berlin, 17. Juli 2012 – Zu den aktuellen Planungen der Bundesregierung, Rüstungsexporte durch eine Veränderung des Außenwirtschaftsrechts weiter zu erleichtern, erklärt Uwe Hirsch, Mitglied im Bundsvorstand der NaturFreunde Deutschlands:**

Die offizielle Sprachregelung lautet, das Außenwirtschaftsrecht solle „entschlackt“ werden, doch faktisch bereitet das Bundeswirtschaftsministerium die Erleichterung von Waffenexporten vor. Dabei sollen „deutsche Sondervorschriften“ aufgehoben werden, „die deutsche Exporteure gegenüber ihren europäischen Konkurrenten benachteiligen“. Mit dem Ziel, die Rüstungsexporte in sogenannte „Drittländer“ außerhalb der EU zu regeln, soll den Rüstungsfirmen noch mehr Möglichkeiten zum Verkauf ihrer mörderischen Technologien gegeben werden.

Die NaturFreunde Deutschlands erwarten von der Bundesregierung eine unverzügliche Klarstellung, dass diese Referentenentwürfe wieder in der Mottenkiste verschwinden. Es ist nicht akzeptabel, wenn die Bundesregierung in Sonntagsreden über Menschenrechte und Verantwortung gegenüber den Ländern des globalen Südens doziert, um dann noch mehr Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.

### **Bundesrepublik ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt**

Mittlerweile ist die Bundesrepublik der drittgrößte Waffenexporteur der Welt und zusammen mit den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien für 80 Prozent des globalen Waffenhandels verantwortlich.

Schon heute wird die Liste von Rüstungsexporten in Spannungsgebiet und an diktatorische Regime immer länger: Panzer nach Saudi-Arabien und Indonesien, Kriegsschiffe nach Algerien, Waffenlieferungen an Pakistan und Indien. Kein Waffendeal scheint der Bundesregierung zu schmutzig. Immer wieder knickt sie vor der mächtigen Rüstungslobby ein, die aufgrund der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrisen neue Märkte für ihre Waffen sucht.

Auch das Ziel, Rüstungsexporte zwischen EU-Staaten in Zukunft nicht mehr als Exporte zu deklarieren, sondern als sogenannte „Verbringungen“ ist Teil dieses vereinfachten Genehmigungsverfahrens. Das Ziel ist, das deutsche Recht an die noch weniger restriktiven EU-Regeln anzupassen, um die Rüstungsexporte deutscher Rüstungsfirmen weiter zu erleichtern.

# Pressemitteilung

Die NaturFreunde Deutschlands fordern alle im Bundestag vertretenen Parteien auf, endlich eine Initiative zur Verankerung eines strikten Verbotes von Rüstungsexporten im Grundgesetz zu beginnen und noch in dieser Legislaturperiode die Grundlagen für eine endgültige Beendigung von Waffenexporten zu schaffen.

-----  
**2.641 Zeichen mit Leerzeichen – freigegeben – Mitteilung über einen Abdruck erbeten**

**Rückfragen bitte an**

NaturFreunde Deutschlands

Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur

**Uwe Hiks**

(0176) 62 01 59 02

[hiks@naturfreunde.de](mailto:hiks@naturfreunde.de)

[www.presse.naturfreunde.de](http://www.presse.naturfreunde.de)